

Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde zum 75. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion

Im Jahre 2016 steht dieses historische Datum ganz im Zeichen schwerster Provokationen der NATO-Mächte gegen Russland, dem ehemaligen Kernland der Sowjetunion. Seit langem versuchen NATO und EU Russland mit Sanktionen in die Knie zu zwingen und zu verhindern, dass es seine legitimen Sicherheitsinteressen wahrnimmt.

Die derzeit herrschenden Eliten des Westens sind nicht bereit Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Die USA versuchen mit Hilfe von NATO und ihrer europäischen Vasallen, allen voran die BRD, Russland militärisch einzuengen, zu erpressen und mit Hilfe der ökonomischen Sanktionen zu vernichten.

Diese Politik hat die Gefahr eines neuen großen Weltkrieges nach Europa zurück gebracht.

Die GBM verurteilt entschieden, dass sich die BRD, ihre Regierung mit Frau Merkel an der Spitze, führend an diesen Provokationen beteiligt. Allein die historische Erfahrung und Verantwortung verlangen von der Bundesregierung mit einer Politik des Interessenausgleichs mit Russland einen entscheidenden Beitrag zum Frieden in Europa zu leisten.

Mit dem am 22. Juni 1941 begonnenen Überfall der hochgerüsteten Naziwehrmacht auf die Sowjetunion wurde ein von den Zielen des deutschen Imperialismus diktiert und geplanter Raub- und Vernichtungskrieg von ungeheuerlicher Brutalität vom Zaun gebrochen. Seine Ergebnisse sind gut bekannt und dokumentiert. Das darf nicht vergessen werden!

Die GBM unterstreicht: Jedes Vergessen dieser Tatsachen - ob aus Unkenntnis und Oberflächlichkeit gegenüber der Geschichte oder politischer Böswilligkeit - soll verschleiern

- *das die Völker der überfallenen Sowjetunion den größten Anteil am Sieg über die Nazihorden und für die Befreiung Europas vom Faschismus geleistet hat.*
- *dass das Sowjetland die schwersten Verluste an Menschen und an volkswirtschaftlichem Potential, sowie unermesslichste Verwüstungen des Landes hinnehmen musste, deren Auswirkungen bis in die neuere Zeit reichten.*

Die GBM vertritt die Auffassung, dass diese Tatsachen auch heutiger Politik zu Grunde gelegt werden müssen. Russlands Streben nach einer multipolaren Welt, ohne Unterwerfung fremder Länder durch eine Hegemonialmacht oder deren Bündnisse, nach Einhaltung des Völkerrechts und des Respekts der Souveränität der Staaten sind letztendlich Schlussfolgerungen aus dieser politischen Entwicklung.

Unsere Gesellschaft wendet sich gegen jegliche Verfälschungen und Verdrehungen der historischen Tatsachen und der heutigen politischen Situation, insbesondere gegen die Denunzierung Russlands als Aggressor, mit der Russophobie und alte Feindbilder geschürt werden sollen.

Der 75. Jahrestag des Überfalls von Nazideutschland auf die Sowjetunion muss – unabhängig davon ob sich die offizielle Politik der BRD dazu äußert oder nicht – ein Tag der Besinnung und des Nachdenkens sein und bleiben über die Furie des Krieges aber auch über die Folgen des Bruchs von völkerrechtlichen Verträgen, mit dem sich die NATO heute an den Grenzen Russlands aufstellt und der nächste NATO – Gipfel provokatorisch in Warschau abgehalten wird.

Das ist ein Spiel mit dem Feuer, das unser aller Protest hervorrufen muss!

Berlin, 20.06.2016